

*Betreff:***Aufhebung des Sperrvermerks für die Gewährung des Zuschusses an den Arbeitskreis politische Jugend***Organisationseinheit:*

Dezernat V

40 Fachbereich Schule

Datum:

11.04.2018

Beratungsfolge

Schulausschuss (Entscheidung)

Sitzungstermin

13.04.2018

Status

Ö

Beschluss:

Der nach dem Haushaltsbeschluss des Rates in seiner Sitzung am 6. Februar 2018 enthaltene Sperrvermerk beim Sachkonto 431810 – Zuschuss an übrige Bereiche- in Höhe von 7.900 € über den Zuschussbetrag für die Arbeitsgemeinschaft politische Jugend (APJ) wird aufgehoben.

Sachverhalt:

Im Haushalt 2018 ist für das Sachkonto 431810 - Zuschuss an übrige Bereiche- ein Sperrvermerk über den Zuschussbetrag für die APJ enthalten.

Nach dem Ratsbeschluss zum Haushalt 2016 sollte die Freigabe ursprünglich nach Vorstellung des APJ im Schulausschuss entschieden werden. Die APJ hat sich in der Sitzung des Schulausschusses am 22. April 2016 vorgestellt. Es wurde thematisiert, dass die Jugendorganisation der Fraktion Die Linke bisher nicht in die APJ aufgenommen wurde, obwohl ein Aufnahmeantrag vorliegt. Vor diesem Hintergrund hat der Schulausschuss entschieden, dass Voraussetzung für die Freigabe der Haushaltsmittel eine Änderung der Satzung der APJ ist. Die Aufhebung des Sperrvermerks erfolgt über einen Beschluss des Schulausschusses.

Die am 22. März 2018 durch einen Beschluss des APJ geänderte Satzung ist als Anlage beigelegt. Der Vorsitzende der APJ hat seine Teilnahme zu diesem Tagesordnungspunkt zugesagt.

Dr. Hanke

Anlage/n:

Satzung der APJ in der Fassung vom 22. März 2018

SATZUNG

der Arbeitsgemeinschaft Politischer Jugend (abgekürzt: APJ)

- Stadt Braunschweig -

§ 1 [Unsere Verantwortung für junge Menschen]

Die heranwachsenden Menschen politisch zu bilden und für eine aktive Mitarbeit am politischen Geschehen zu gewinnen, ist Aufgabe der politischen Jugendorganisationen. Im Bewusstsein ihrer gemeinsamen Verantwortung für die Festigung des demokratischen Gedankens in Staat und Gesellschaft, haben sich die politischen Jugendorganisationen Junge Union Braunschweig (JU), JungsozialistInnen (Jusos), Junge Liberale (JuLis), Grüne Jugend (GJ) und Linksjugend solid zu einer Arbeitsgemeinschaft Politischer Jugend (APJ) in den Grenzen der Stadt Braunschweig zusammengeschlossen.

§ 2 [Reichweite der gemeinsamen politischen Arbeit]

Die Arbeitsgemeinschaft Politischer Jugend (APJ) vertritt die gemeinsamen Belange der in ihr zusammengeschlossenen politischen Jugendorganisationen. Sie hat nicht den Charakter und die Aufgaben einer gemeinsamen Organisation. Die Arbeitsgemeinschaft Politischer Jugend (APJ) wird in den Grenzen der Stadt Braunschweig tätig.

§ 3 [Zusammensetzung der Arbeitsgemeinschaft Politischer Jugend (APJ); Vertretung in gemeinsamen Sitzungen; Aufgaben]

(1) Die Arbeitsgemeinschaft Politischer Jugend (APJ) besteht aus den politischen Jugendorganisationen Junge Union Braunschweig (JU), JungsozialistInnen (Jusos), Junge Liberale (JuLis), Grüne Jugend (GJ) und Linksjugend solid.

(2) Zur Bearbeitung aller die Arbeitsgemeinschaft Politischer Jugend (APJ) betreffenden Aufgaben und Angelegenheiten wird ein Stadtausschuss gebildet. Er muss aus mindestens zwei parteipolitischen Jugendorganisationen bestehen.

(3) Der Stadtausschuss beschließt über alle Angelegenheiten und Vorhaben der Arbeitsgemeinschaft Politischer Jugend (APJ) in den Grenzen der Stadt Braunschweig.

(4) Der Stadtausschuss ist beschlussfähig, wenn je ein Vertreter der stimmberechtigten politischen Jugendorganisationen anwesend ist.

(5) Der Stadtausschuss tritt mindestens zweimal im Jahr zusammen. Er muss darüber hinaus einberufen werden, wenn mindestens eine politische Jugendorganisation der Arbeitsgemeinschaft Politischer Jugend (APJ) dies fordert.

(6) Im Stadtausschuss ist jede politische Jugendorganisation, die in die Arbeitsgemeinschaft Politischer Jugend (APJ) aufgenommen wurde, stimmberechtigt.

(7) Das Stimmrecht der politischen Jugendorganisationen wird durch einen Vertreter/eine Vertreterin der jeweiligen politischen Jugendorganisation ausgeübt. Eine Vertretungsregelung ist möglich. Diese ist dem Vorsitzenden/ der Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Politischer Jugend (APJ) schriftlich zu Beginn der Sitzung anzuzeigen.

(8) Die Sitzungen werden durch einen zu bestimmenden Schriftführer/ eine Schriftführerin protokolliert. Protokollabschriften gehen allen Mitgliedern zu. Der Stadtausschuss hat zu Beginn seiner nächsten Sitzung über die Richtigkeit des Protokolls zu beschließen. Es wird von allen autorisierten Vertretern unterzeichnet.

§ 4 [Vorsitzender und Geschäftsführung]

(1) Die Arbeitsgemeinschaft Politischer Jugend (APJ) wird durch einen Vorsitzenden/ eine Vorsitzende, der/ die Mitglied einer der stimmberechtigten Jugendorganisationen ist, geleitet.

(2) Der Vorsitzende/ die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Politischer Jugend (APJ) hat folgende Aufgaben:

(a) Geschäftsführung der Arbeitsgemeinschaft Politischer Jugend (APJ), insbesondere ist er/ sie die Verbindungsstelle zur Stadt Braunschweig;

(b) er/ sie übergibt alle von den politischen Jugendorganisationen eingereichten Finanzierungsanträge an Dritte, insbesondere an die Stadt Braunschweig;

(c) der Vorsitzende/ die Vorsitzende lädt zu Sitzungen ein und leitet diese Sitzungen;

(d) der Vorsitzende/ die Vorsitzende vertritt die Arbeitsgemeinschaft Politischer Jugend (APJ) nach außen.

(3) Der Vorsitzende/ die Vorsitzende ist verpflichtet die Arbeitsgemeinschaft Politischer Jugend (APJ) zu Beginn einer jeden Sitzung über seine/ ihre Arbeit für die Arbeitsgemeinschaft Politischer Jugend (APJ) seit der letzten Sitzung zu informieren. Insbesondere sind die Vertreter/innen in der Arbeitsgemeinschaft Politischer Jugend (APJ) jederzeit berechtigt jegliche Akten einzusehen.

(4) Der Vorsitzende/ die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Politischer Jugend (APJ) wechselt alle zwei Jahre. Im Jahr 2018 und 2019 ist die Junge Union Braunschweig berechtigt den Vorsitzenden/ die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Politischer Jugend (APJ) zu stellen. Die nächsten Vorsitzenden stellen die politischen Jugendorganisationen in folgender Reihenfolge: JungsozialistInnen (Jusos), Grüne Jugend (GJ), Linksjugend solid, Junge Liberale (JuLis), Junge Union (JU). Die Reihenfolge ist einzuhalten. Nach Ende der Aufzählung beginnt die Aufzählung von vorne.

§ 5 [Aufnahme neuer Mitglieder; Aufnahmeverfahren]

In die Arbeitsgemeinschaft Politischer Jugend (APJ) können weitere politische Jugendorganisationen aufgenommen werden, sofern sie einer im Rat vertretenen politischen Partei nahestehen. Für die Aufnahme gelten folgende Voraussetzungen:

(1) Ein Aufnahmeantrag ist vom zuständigen Organ der antragstellenden politischen Jugendorganisation schriftlich an den Vorsitzenden/ die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Politischer Jugend (APJ) zu stellen.

(2) Aus dem Aufnahmeantrag muss hervorgehen:

(a) Name und Sitz der antragstellenden politischen Jugendorganisation;

(b) Name und Anschrift aller Vorstandsmitglieder der antragstellenden politischen Jugendorganisation; Hier ist die elektronische Erreichbarkeit durch Nennung der jeweiligen E-Mail-Adresse ausreichend.

(c) Satzung und/oder Organisationsstatut der antragstellenden politischen Jugendorganisation;

(d) konkrete Angaben zur Mitgliederzahl; Stichtag für die Berechnung ist der dritte Tag vor Einreichung des Aufnahmeantrages

(e) konkrete Angaben, die Aufschluss über Zielsetzung, Konzeption und praktische Arbeit der antragstellenden politischen Jugendorganisation geben;

(f) die verbindliche Erklärung, für den Fall der Aufnahme, die Satzung der Arbeitsgemeinschaft Politischer Jugend (APJ) anzuerkennen;

(g) ein Nachweis über eine aktive jugendpolitische Tätigkeit auf dem Gebiet der Stadt Braunschweig in den letzten zwei Jahren vor Antragstellung;

(h) das verbriefte Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung.

(3) Der Stadtausschuss prüft nach Eingang des Aufnahmeantrags binnen einer Frist von drei Monaten, ob der Antrag den Anforderungen dieser Satzung entspricht. Die Frist beginnt mit Eingang des Aufnahmeantrags bei dem Vorsitzenden/ der Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Politischer Jugend (APJ).

(4) Über die Aufnahme entscheidet die Arbeitsgemeinschaft Politischer Jugend (APJ) einstimmig. Der Beschluss zur Aufnahme einer weiteren politischen Jugendorganisation erfolgt auf Antrag einer der Arbeitsgemeinschaft Politischer Jugend (APJ) angehörenden politischen Jugendorganisationen geheim.

(5) Die Arbeitsgemeinschaft Politischer Jugend (APJ) teilt der antragstellenden politischen Jugendorganisation schriftlich, durch den Vorsitzenden/ die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Politischer Jugend (APJ), das Ergebnis der Aufnahmeprüfung mit.

(6) Die Mitgliedschaft einer politischen Jugendorganisation in der Arbeitsgemeinschaft Politischer Jugend (APJ) erfolgt nach erfolgreicher Aufnahme durch den Stadtausschuss mit Beginn des darauffolgenden Monats.

(7) Durch den Stadtausschuss abgelehnte politische Jugendorganisationen können nach einem Jahr einen erneuten Aufnahmeantrag bei dem Vorsitzenden/ der Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Politischer Jugend (APJ) einreichen.

§ 6 [Ende der Mitgliedschaft]

(1) Die Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft Politischer Jugend (APJ) endet durch Auflösung, Austritt oder Ausschluss einer politischen Jugendorganisation.

(2) Von der Auflösung der politischen Jugendorganisation ist dem Vorsitzenden/ der Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Politischer Jugend (APJ) Mitteilung zu machen. Wird dem Vorsitzenden/ der Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Politischer Jugend (APJ) die Auflösung einer politischen Jugendorganisation auf andere Weise bekannt, stellt er die Beendigung der Mitgliedschaft dieser politischen Jugendorganisation fest. Dies ist zu protokollieren.

(3) Der Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft Politischer Jugend (APJ) ist jederzeit möglich. Er ist dem Vorsitzenden/ der Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Politischer Jugend (APJ) schriftlich vom satzungsgemäß zuständigen Organ der politischen Jugendorganisation zu erklären.

(4) Der Ausschluss eines Mitgliedes aus der Arbeitsgemeinschaft Politischer Jugend (APJ) ist bei

vereinsschädigendem Verhalten, bei Verstoß gegen die Satzung oder bei mehr als dreimaligem aufeinanderfolgendem, unentschuldigtem Fehlen bei ordnungsgemäß einberufenen Sitzungen möglich. Der Ausschluss erfolgt auf Antrag einer politischen Jugendorganisation der Arbeitsgemeinschaft Politischer Jugend (APJ) und muss einstimmig erfolgen. Die betroffene politische Jugendorganisation ist vorher anzuhören. Sie nimmt an der Abstimmung nicht teil.

(5) Bei Auflösung, Austritt oder Ausschluss einer politischen Jugendorganisation verfallen dessen Mittel zurück an den Mittelgeber und werden unter den verbliebenen politischen Jugendorganisationen durch Beschluss des Stadtausschusses neu aufgeteilt.

§ 7 [Finanzen]

(1) Die Arbeitsgemeinschaft Politischer Jugend (APJ) führt kein eigenständiges Konto.

(2) Mittel Dritter, die der Arbeitsgemeinschaft Politischer Jugend (APJ) zukommen, werden von den Dritten auf die Konten der politischen Jugendorganisationen überwiesen.

(3) Die Aufteilung der Gelder wird durch den Stadtausschuss beschlossen. Ein Verteilungsschlüssel wird der Arbeitsgemeinschaft Politischer Jugend (APJ) durch den Vorsitzenden vorgeschlagen. Dieser Verteilungsschlüssel muss einstimmig beschlossen werden. Insbesondere muss die Aufteilung protokolliert werden.

(4) Mittel Dritter müssen von jeder politischen Jugendorganisation beantragt werden. Sie werden vom Vorsitzenden/ der Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Politischer Jugend (APJ) an den Dritten eingereicht.

(5) Für die sachgemäße Verwendung und richtige Abrechnung von gewährten Mitteln ist die jeweilige politische Jugendorganisation verantwortlich.

(6) Es kann zudem ein Budget für gemeinsame Veranstaltungen gebildet werden. Dieses wird von der politischen Jugendorganisation verwaltet, die den Vorsitzenden/ die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Politischer Jugend (APJ) stellt. Die politische Jugendorganisation ist vollumfänglich rechenschaftspflichtig für das gemeinsame Budget. Für die sachgemäße Verwendung und richtige Abrechnung von gewährten gemeinsamen Mitteln ist die jeweilige politische Jugendorganisation, die den Vorsitzenden/ die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Politischer Jugend (APJ) stellt, verantwortlich. Die Budgetaufstellung muss einstimmig beschlossen werden.

§ 8 [Satzung]

Diese Satzung kann nur einstimmig geändert werden. Die Änderungen sind zu protokollieren.

§ 9 [Auflösung der Arbeitsgemeinschaft Politischer Jugend (APJ)]

(1) Die Arbeitsgemeinschaft Politischer Jugend (APJ) ist aufgelöst, wenn alle stimmberechtigten politischen Jugendorganisationen dies fordern.

(2) Das zum Zeitpunkt der Auflösung vorhandene gemeinsame Budget fällt an den Mittelgeber zurück, insbesondere die Stadt Braunschweig.

Vorstehende Satzung wurde am 27.05.1971 beschlossen und damit in Kraft gesetzt. Die Satzung wurde am 06.11.1984 sowie am 22.03.2018 geändert.

Für die Junge Union Braunschweig

- Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Politischer Jugend (APJ) -

Für die JungsozialistInnen

Für die Grüne Jugend

Für die Jungen Liberalen

Für die Linksjugend solid

Braunschweig, den 22.03.2018